

Hayek-Essay-Wettbewerb 2011 der
Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.
Prof. Dr. Gerd Habermann
Chausseestraße 15
10115 Berlin

Thema: „Europa des Wettbewerbs oder der Transferunion? Betrachtungen aus der Sicht Hayeks“

Der Weg zur „EUdSSR“? – die Europäische Transferunion aus der Sicht Hayeks

Teilnehmer
Maximilian Losch
Student der Staatswissenschaften
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau/Sciences Po Aix-en-Provence
4. Semester/Master of Arts

„Wenn man glaubt, daß das Wirtschaftsleben eines riesigen Gebietes, das viele verschiedene Völker umfaßt, auf Grund eines demokratischen Verfahrens gelenkt und geplant werden könne, so verrät man völlige Unkenntnis der Probleme, die eine solche Planung aufwerfen würde. Noch mehr als die nationale würde die internationale Planwirtschaft nichts anderes als eine nackte Gewaltherrschaft sein, in der eine kleine Gruppe allen übrigen Lebensstandard und Arbeit so vorschreibt, wie sie es für richtig hält.“¹

Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft

Eine 100-Euro-Banknote – das ist ein Schein aus reiner Baumwolle, grün gefärbt, mit dem entsprechenden Wertaufdruck. Auf beiden Seiten prangt jeweils links unten in lateinischen und – pikanterweise – auch in griechischen Buchstaben die Aufschrift „Euro“. Die Vorderseite zeigt ein Portal im Barock- und Rokokostil, über das sich der Sternenkrans der Europäischen Union legt. Auf der Rückseite ist über dem europäischen Kontinent eine ebenfalls barocke, sich im Wasser spiegelnde Brücke abgebildet, gedacht als Bindeglied zwischen den europäischen Nationen. Und spätestens hier dürfte der Betrachter innehalten, denn anders als üblich existiert für die architektonischen Abbildungen auf den Euro-Banknoten kein Gegenstück in der Realität. Dargestellt sind nicht etwa der barocke Senatorenpalast auf dem Kapitol in Rom oder das Potsdamer Schloss Sanssouci im Rokokostil, geschichtsschwere Bauwerke Europas mit hohem Symbolgehalt – von großen Europäerinnen und Europäern wie Marie Curie oder Ludwig van Beethoven ganz zu schweigen. Nein, dargestellt sind abstrakte Bauwerke, die auf jeweils sieben verschiedenen Scheinen einen bestimmten europäischen Architekturstil von Klassik bis Moderne repräsentieren. Zwar finden sich kulturelle Symbole jedes Mitgliedslandes auf den Rückseiten der Euromünzen. Bei der Gestaltung der Geldscheine verzichtete man jedoch auf realitätsgetreue Abbildungen des kulturellen Erbes Europas, um nationale Befindlichkeiten nicht zu verletzen – und verlieh den Euro-Banknoten dabei ungewollt eine Symbolik, die die eigentliche Achillesferse der Europäischen Währungs- und Transferunion offenlegt. Zum einen handelt es sich beim Euro um eine Kunstwährung, eine Währung aus dem Geiste des Konstruktivismus ohne evolutionäre Erdung. Seit jeher war der Euro eine Schöpfung der politischen Eliten, vor allem der politischen Elite des rationalistisch geprägten Frankreichs. Zu keiner Zeit konnte sich der Euro in seiner heutigen Form europaweit – zumal nicht in Deutschland – auf eine breite und stabile politische Mehrheit stützen. Seit Ausbruch der Griechenlandkrise im Frühjahr 2010 geht es mit der politischen Unterstützung der Europäischen Währungsunion rapide bergab. Darüber hinaus sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine fruchtbare Währungsunion angesichts der heutigen Mitglie-

derkonstellation der Eurozone nicht gegeben. Zum anderen verzichtete man darauf, europäische Bauwerke aus EU-Mitgliedsländern um einen Platz auf den Euro-Banknoten konkurrieren zu lassen. Warum hätte die Akropolis nicht in einen fairen Wettbewerb gegen das Orakel von Delphi für einen Platz auf der 5-Euro-Banknote eintreten können? Notre-Dame de Paris und der Kölner Dom hätten in einem spannenden Rennen um einen Platz auf dem 20-Euro-Schein gegeneinander antreten können. Stattdessen wurden den europäischen Bürgern Motive abstrakter Klassik und Gotik vorgesetzt, der Identifikation der EU-Bürger mit der europäischen Einigung nicht gerade förderlich. Nationale Empfindlichkeiten waren den politischen Eliten Europas offenbar wichtiger als kreativer Wettbewerb. In gleicher Weise schaltet der aktuell geplante, dauerhafte Stabilisierungsmechanismus der Europäischen Währungsunion ESM den Wettbewerb um die besten politischen Konzepte zur Rückgewinnung von Wettbewerbsfähigkeit aus.

Obwohl Friedrich August von Hayek die Einführung der Europäischen Währungsunion nicht mehr selbst erlebte – er starb 1992 –, gibt sein Werk Aufschluss darüber, was er zumal in der heutigen Krise des Eurosystems davon gehalten hätte. In ihrer heutigen Form hätte Hayek die Europäische Währungs- und Transferunion als vor allem politisch gewollten, konstruktivistischen Masterplan zur Herstellung wirtschaftlicher Konvergenz in Europa betrachtet. Diesem konstruktivistischen Entwurf hätte er sein Modell einer spontanen Ordnung entgegengesetzt. Wie unterscheiden sich konstruierte und spontane Ordnung? Der Grundgedanke des Konstruktivismus lässt sich in der einfachen Formel ausdrücken, „daß der Mensch die Einrichtungen der Gesellschaft und der Kultur selbst gemacht hat und sie daher auch nach seinem Belieben ändern kann“². Konstruktivisten sind der Auffassung, dass „alle gesellschaftlichen Institutionen das Ergebnis wohlüberlegten Entwurfs sind und sein sollten“³. Hayeks spontane Ordnung gesellschaftlicher Institutionen hingegen generiert sich selbst im Wege von Versuch und Irrtum, nimmt einen evolutiven Verlauf.⁴ In diesem Evolutionsprozess spielt der Wettbewerb der Staaten eine wichtige Rolle. Lüder Gerken definiert Wettbewerb als den „Versuch von Marktakteuren, zum eigenen Vorteil vor anderen Marktakteuren für Dritte eine bestimmte Leistung zu erbringen“⁵. Fallen einzelne Staaten in der Wettbewerbsfähigkeit zurück, liefert dies ihnen den Anreiz, im Rahmen eines „Entdeckungsverfahrens“ von Versuch und Irrtum ihre Lage zu verbessern. Da die sich abzeichnende Europäische Transferunion den Wettbewerb der Staaten um die besten Politikkonzepte behindert, würde Hayek diese als schädlich ansehen. Was versteht man genau unter dem für diesen Essay zentralen Begriff Transferunion? Der Begriff weist zwei Dimensionen auf: Erstens meint er die finanziellen Transfers durch die europäischen Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwick-

lung EFRE, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER, Europäischer Sozialfonds ESF). Zweitens – und damit ganz aktuell – meint er die finanziellen Transfers als „Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene“ im Rahmen des neuen Europäischen Stabilisierungsmechanismus ESM. Da die europäischen Strukturfonds schon geraume Zeit existieren, ist die häufig geäußerte Behauptung unzutreffend, erst mit dem ESM gäbe es in der Europäischen Union eine Transferunion. Daher sollen beide Transferinstrumente einer kritischen Betrachtung aus der Sicht Hayeks unterzogen werden.

Taxis oder Kosmos? – Die Europäische Währungsunion als bürokratischer Schreibtischentwurf oder als sich selbst generierende Ordnung

Es entbehrt angesichts der Eurokrise nicht einer gewissen Ironie, dass die für das Verständnis des Konstrukts Europäische Währungsunion wichtigen Begriffe *taxis* und *kosmos* aus Hayeks Werk „Recht, Gesetz und Freiheit“ aus dem Griechischen stammen. Während *taxis* eine künstlich und exogen erzeugte, konstruierte Ordnung bezeichnet, meint *kosmos* die historisch gewachsene, sich endogen generierende und spontane Ordnung.⁶

Die Wurzeln der *taxis*, d. h. des Konstruktivismus verortet Hayek im französischen Rationalismus René Descartes.⁷ Dessen Leitspruch „Ich denke, also bin ich.“ betont die Vernunft und verachtet „Tradition, Gewohnheit und Geschichte“⁸ als Quellen vorteilhafter Institutionen. Doch – so Hayek – die „Vorstellung vom Menschen, der sich dank seiner Vernunft über die Werte seiner Kultur erhebt, um sie wie von einer höheren Warte von außen zu beurteilen, ist eine Illusion. Denn diese Vernunft ist selbst ein Teil jener Kultur [...]“⁹. Der Konstruktivismus basiert demnach auf dem wesentlichen Irrtum, dass er die Vernunft von der kulturellen Prägung des Menschen isoliert und damit leugnet, dass die Vernunft selbst ein Kulturphänomen ist. Hayek zufolge wird die menschliche Vernunft ferner von den Vertretern des Konstruktivismus überhöht, was er als den synoptischen Trugschluss bezeichnet. Dieser basiere auf der „Fiktion, daß alle relevanten Tatsachen irgendeinem einzelnen Geist bekannt seien und daß es möglich sei, aus diesem Wissen die Einzelheiten einer erstrebenswerten Gesellschaftsordnung abzuleiten“¹⁰. Eng verwandt ist hiermit Hayeks Kritik an der Anmaßung von Wissen: Gerade weil der Mensch nicht in der Lage ist, alle gesellschaftlichen Einflussfaktoren zu erfassen, zu verarbeiten und in einem politischen Masterplan ins Werk zu setzen, soll er sich der gesellschaftlichen Feinsteuerung enthalten, ein Vorgang, der von Anhängern Hayeks auch gerne als „Gesellschaftsklempnerei“ bezeichnet wird. Das Instrument der *taxis* ist der Befehl. Er „bestimmt eindeutig die vorzunehmende Handlung und läßt jenen, an die er sich wendet, keine Möglichkeit, ihr eigenes Wissen zu benützen oder ihren eigenen Vorlieben zu

folgen“¹¹. Wie lässt sich Hayeks Kritik am Konstruktivismus auf die Europäische Währungs- und Transferunion übertragen? Abgesehen davon, dass die in den Internationalen Beziehungen gebräuchliche Theorie des Konstruktivismus zur Erklärung der EU oft herangezogen wird, lässt sich die Europäische Währungsunion in zweierlei Hinsicht als Produkt des konstruktivistischen Denkens bezeichnen. Zum einen herrschte im Europa der 1990er Jahre die Überzeugung vor, die Währungsunion werde automatisch zu einer wirtschaftlichen Konvergenz der Euro-Mitglieder führen – ein fataler Irrtum, wie sich heute herausstellt.¹² Die für hohe Inflationsraten und strukturelle wirtschaftliche Probleme bekannten Staaten Europas vornehmlich der südlichen Peripherie würden unter dem Druck der Gemeinschaftswährung ihre Hausaufgaben schon machen. Insofern ließen sich 2001 die europäischen Regierungschefs auch darauf ein, Griechenland die Tür zur Europäischen Währungsunion zu öffnen. In der heutigen Eurokrise verfährt die Europäische Kommission weiterhin nach konstruktivistischen Handlungsmustern, indem es Euro-Mitgliedstaaten mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und hohen Staatsschulden im Rahmen des sogenannten europäischen Semesters „Befehle“ erteilt, auf welche Weise Schulden abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen sind. Als wäre das Demokratiedefizit der Europäischen Union nicht ohnehin schon groß genug: Nun soll den nationalen Parlamenten also auch noch ihr „Königsrecht“, das Haushaltsrecht, genommen und einer zentralen Brüsseler Behörde mit defizitärer demokratischer Legitimation übertragen werden. Für die Regierungen der Mitgliedstaaten Europas erweist sich dieser Weg als ausgesprochen bequem, ist doch Brüssel Schuld, wenn den Wählern zu Hause notwendige, aber unpopuläre Einsparungsvorschläge zu vermitteln sind. Regierungen jedoch, die Einsparungen vornehmen, bedürfen eines belastbaren Wählermandats, zumindest aber des Vertrauens der Wähler, dass sie für die Einsparungen die volle politische Verantwortung übernehmen.

Nachdem er die Annahmen des Konstruktivismus verworfen hat, entwickelt Hayek das Gegenmodell der freiheitlichen, spontanen Ordnung. Diese lebt vor allem von einer Selbstbeschränkung des Gesetzgebers, der seine begrenzten Möglichkeiten erkennt, die Gesellschaft feinzusteuern.¹³ Die Gesellschaft entwickelt sich fort, indem sie sich nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum allgemeine Regeln gibt und diejenigen beibehält, die sich bewährt haben.¹⁴ Die Fortentwicklung der Gesellschaft erfolgt in der spontanen Ordnung also endogen, d. h. von innen heraus, evolutiv und folgt keinem konstruktivistischen Masterplan. Die spontane Ordnung ist der erzwungenen Ordnung dahingehend überlegen, dass sie mehr Einzeltatsachen umfassen kann, „als ein Gehirn sie feststellen oder verarbeiten kann“¹⁵. Die allgemeinen Regeln haben abstrakten¹⁶ und meist negativen¹⁷ Charakter und – was zunächst erstaunen

mag – ihre Existenz muss den nach ihnen handelnden Individuen nicht zwangsläufig bekannt sein.¹⁸ Wer schon einmal längere Zeit im Ausland gelebt hat, wird bemerkt haben, dass die neue Kultur wie ein Spiegel wirkt, der die eigene kulturelle Prägung abbildet, derer man sich in vielen Teilen gar nicht bewusst war, weil man sie als selbstverständlich angesehen hat. Übertragen auf die europäische Währungsunion hieße dies, dass ihre geographische Ausbreitung von vornherein nur so weit hätte reichen dürfen, wie eine wirtschaftliche de-facto-Konvergenz besteht. Teil einer spontanen Währungsordnung waren somit noch vor der Einführung des Euro insbesondere Deutschland, Österreich und die Niederlande. Als Gradmesser hierfür fungierten die Wechselkurse dieser drei Länder, die über lange Zeit hinweg nur unerheblich schwankten. Die de-facto-Währungsunion konnte man problemlos in eine legale Währungsunion umwandeln. Diese „Krönungstheorie“, vertreten u. a. von der Deutschen Bundesbank, traf auf den „konstruktivistischen Überschwang“ der vor allem von Frankreich vertretenen „Institutionalistentheorie“, der die Annahme zugrundeliegt, die wirtschaftliche Konvergenz resultiere aus den gemeinsamen Institutionen. Letztere Theorie hat sich als „Illusion“¹⁹ erwiesen, die „PIGIBS“-Staaten (Portugal, Irland, Griechenland, Italien, Belgien, Spanien) wurden in die Europäische Währungsunion aufgenommen, das Drama der europäischen Schuldenkrise nahm seinen Lauf und offenbarte sich mit zeitlicher Verzögerung infolge der Finanzkrise von 2008. Im Falle Griechenlands gelangt noch ein weiterer Faktor erschwerend hinzu. In seinem lesenswerten Buch „Die Geschichte der Staatsgewalt“ stellt der Freiburger Historiker Wolfgang Reinhard fest, dass die christlich-orthodox geprägten Länder Osteuropas die entscheidenden Prozesse zur Bildung einer effizienten Staatsgewalt im Gegensatz zum lateinisch-katholisch-protestantischen Europa wegen ihrer seinerzeitigen Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich nicht durchlaufen konnten.²⁰ Dies erklärt, warum die Korruption und ineffiziente Steuerbehörden in Griechenland die Schuldenkrise des Landes mitverursachten und die griechische Kameralistik zu wünschen übrig ließ. Die Einbindung in den Euro setzte Griechenland unter Druck, die durch Fremdbestimmung versäumten Staatsbildungsprozesse in einer Dekade nachzuholen, für die das katholisch-protestantische Europa Jahrhunderte benötigte. Eine spontane Ordnung mit der Drachme als Währung hätte Griechenland vermutlich eine schnellere und vor allem tiefgreifendere Anpassung seiner Institutionen ermöglicht.

Wettbewerbsfähigkeit durch Wettbewerb – nicht durch Zwang

Eine freiheitliche supranationale Föderation zeichnet sich laut Lüder Gerken durch Wettbewerb aus. Staaten konkurrieren dabei vor allem um Direktinvestitionen, d. h. um den Faktor Kapital.²¹ Nur der Wettbewerb der Staaten liefert die Anreize, die notwendige Politik zu ma-

chen, um im internationalen Standortwettbewerb zu bestehen. Hayeks Begriff vom Wettbewerb als Anreiz- und Entdeckungsverfahren²² lässt sich auch auf den Wettbewerb der Staaten und Standorte übertragen.²³ In einer internationalen Wettbewerbsordnung findet jeder Staat dabei durch Versuch und Irrtum heraus, welche Politik die für ihn erfolgversprechende ist. Die Wettbewerbsintensität wird in der Regel gesteigert, wenn eine Integrationsgemeinschaft etwa mit gemeinsamem Markt errichtet wird.²⁴ Harmonisierungen sind nach Gerken nur insoweit mit einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung vereinbar, als sie weder mit dem Freiheits- noch mit dem Gleichheitssatz in Konflikt stehen und dem Willen der Bevölkerung entsprechen.²⁵ Gewährleistet die Europäische Währungs- und Transferunion einen hinreichenden Wettbewerb als Anreiz- und Entdeckungsverfahren im Sinne Hayeks? Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten, da der dauerhafte Rettungsschirm den unter ihm Schutz suchenden Staaten der Eurozone vielmehr Anreize bietet, sich weiterhin zu verschulden, Strukturreformen zu verschleppen und damit weiter an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Mitgliedstaaten der Eurozone, die von anderen Mitgliedstaaten herausgepaukt werden, geraten in eine Schuldenspirale, aus der sie nur entkommen können, indem sie in einem wettbewerblichen Entdeckungsverfahren von Versuch und Irrtum die für sie passenden Regeln in voller Souveränität ausarbeiten. Das gescheiterte Modell des deutschen Länderfinanzausgleichs, ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit ohne Spar- und Reformanreize, sollte hier ein warnendes Beispiel abgeben. Die Unifizierung und Bevormundung durch eine demokratisch nur unzureichend legitimierte Brüsseler Behörde ohne tiefgründige Kenntnis der typischen Probleme Griechenlands, Irlands oder Portugals ist absehbar zum Scheitern verurteilt. Die Europäische Kommission maßt sich dabei nicht nur ein schwer zu gewinnendes Wissen an, sondern provoziert auch noch den wachsenden Widerstand der Bürger. Friedrich August von Hayek führt in „Die Irrtümer des Konstruktivismus“ aus: „Diese Wahl, der wir uns nicht entziehen können, führt zu einem experimentellen Prozeß, in dem wir gewiß viele Fehler machen werden und in dessen Verlauf vielleicht manchmal ganze Gruppen oder Nationen absteigen werden, weil sie die falschen Werte gewählt haben. Es ist in dieser gegenseitigen Abstimmung der gegebenen Werte, in der sich unsere Vernunft zu bewähren und ihre wichtigste, aber unpopulärste Aufgabe zu erfüllen hat, nämlich innere Widersprüche in unserem Denken und Fühlen aufzuweisen und zu beseitigen.“²⁶ Auch auf die Gefahr hin, dass die überschuldeten und nicht mehr wettbewerbsfähigen Staaten der Eurozone vorübergehend schwere Zeiten durchleben: Die Griechen, Iren, Portugiesen, Italiener und Spanier tragen den Schlüssel zur Lösung ihrer Probleme aufgrund ihrer Kenntnisse vor Ort in sich und können ihn zur Anwendung bringen, sobald man aufhört, sie zu bevormunden.

Bedeutet die europäische Transferunion den Weg zur Knechtschaft? Betrachten wir zunächst die europäischen Strukturfonds, die die Europa 2020-Strategie verwirklichen sollen. Diese will die Europäische Union bis 2020 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt befördern, indem sie „intelligentes, nachhaltiges und sozial integratives Wachstum“²⁷ schafft. Es nimmt nicht wunder, dass angesichts dieser Anmaßung von Wissen – wie es Hayek bezeichnen würde – auch die Vorgängerstrategie, die „Lissabon-Strategie“, ihr Ziel verfehlte, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die Strategie, die durchaus positive Ansätze aufweist wie die Förderung von wirtschaftlichen und akademischen Clustern, setzt in weiten Teilen auf Befehle statt auf allgemeine Regeln, unter denen sich wirtschaftliche Aktivität entfalten kann. Der europäische Finanzausgleich ist aus mehrerer Hinsicht mit hayekianischen Prinzipien nicht zu vereinbaren. Erstens setzt er Anreize für bereits überschuldete Staaten, sich weiter zu verschulden. Der natürliche und wirkungsvolle Sanktionsmechanismus, das Zudrehen des Geldhahns durch den Finanzmarkt, wird durch den europäischen Länderfinanzausgleich unterlaufen. Diese natürliche Insolvenzordnung der sogenannten „bösen Spekulanten“ hat sich als dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt um ein Vielfaches überlegen erwiesen. Dass letzterer das Schicksal eines „Papiertigers“ erleiden würde, sah Arnulf Baring schon 1997 voraus: „Gegenwärtig besteht vor allem die Gefahr, daß die Konvergenzkriterien ohnehin nur als Eintrittskarte für den Beginn der Währungsunion benutzt, nicht aber als ständige Verpflichtung verstanden werden.“²⁸ In bemerkenswerter Weise weitsichtig zeigte Baring sich auch mit Blick auf einen möglichen europäischen Finanzausgleich: „Alle unsere Politiker behaupten bisher, Transferzahlungen kämen nicht in Frage. Jedermann weiß, was sie bedeuten werden: höhere Steuern, um die Faulenzer, so wird es dann heißen, die an südlichen Stränden in Cafés sitzen, aus unseren Taschen zu finanzieren.“²⁹ Treffender kann man die gegenwärtigen Zustände kaum beschreiben. In „Der Weg zur Knechtschaft“ prognostiziert Hayek für eine Planwirtschaft auf internationaler Ebene in ähnlicher Weise Entsolidarisierungseffekte im Zuge eines europäischen Finanzausgleichs: „Es ist ziemlich sicher, daß in einer Weltplanwirtschaft die reicheren und daher mächtigeren Völker von den ärmeren weit mehr gehaßt und beneidet werden würden als in einer freien Wirtschaft, und die ärmeren würden – zu Recht oder zu Unrecht – alle davon überzeugt sein, daß ihre Lage sich viel schneller bessern würde, wenn sie nur tun dürften, was sie wollen.“³⁰ Entsolidarisierungseffekte sind heute allerorten in der Eurozone zu beobachten: In den Geberländern gewinnen Rechtspopulisten die Wahlen z. B. in Finnland oder den Niederlanden, die Öffentlichkeit reagiert empört auf die innereuropäische Umverteilung. In den Nehmerländern hingegen richtet sich wegen der als zu hart empfundenen Sparauflagen der

Hass auf die Geberländer. Die Vorstellungen von einer gerechten Verteilung innerhalb der EU gehen einfach zu weit auseinander.³¹ Doch warum empfinden die Westdeutschen (wenn auch vielfach unter Zähneknirschen) Solidarität mit den Ostdeutschen, die Geberländer im Länderfinanzausgleich mit den Nehmerländern, nicht aber mit den Griechen, den Portugiesen, den Iren? Ganz einfach: Eine Nation, die Umverteilung als selbstverständlich betrachtet, bildet sich nicht auf Knopfdruck im Brüsseler Berlaymont-Gebäude, sondern evolutiv in einer spontanen Ordnung. Es mag sein, dass sich langfristig eine europäische Nation endogen herausbildet. Unter dem Eindruck der Eurokrise eine solche erzwingen zu wollen, wird nicht von Erfolg gekrönt sein.

Laut Hayek bedroht die internationale Planwirtschaft sogar die Demokratie: „Am wenigsten werden wir die Demokratie erhalten oder ihr Wachstum fördern, wenn die gesamte Macht und die wichtigsten Entscheidungen in der Hand einer Organisation liegen, die viel zu groß ist, als daß der normale Mensch sie überblicken oder begreifen könnte.“³² Und er fügt hinzu: „Weder ein allmächtiger Superstaat noch eine lose Vereinigung von ‚freien Nationen‘ muß unser Ziel sein, sondern eine Gemeinschaft von Nationen freier Menschen.“³³ Ein europäischer Superstaat würde aus der Sicht Hayeks demnach bürgerfern und nur noch schwer durch die Öffentlichkeit kontrollierbar werden. Wenn die Vorstellungen der politischen Eliten Europas Realität würden, würde auch das Haushaltsrecht der Parlamente faktisch nach Brüssel abgegeben, angesichts der mangelnden demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen und des geringen Grades an Öffentlichkeit eine beunruhigende Vorstellung. Hayek würde der heutigen Europäischen Wirtschafts- und Transferunion Selbstbeschränkung ans Herz legen. Nur wenn die EU von konstruktivistischen Politikansätzen Abstand nimmt und auf die Selbstregulation in einer spontanen europäischen Ordnung vertraut, können unausgereifte Schreibtischprojekte vor dem Scheitern bewahrt werden. Die Europäische Währungsunion braucht klare abstrakte Regeln wie Schuldengrenzen oder eine erneuerte No-bailout-Klausel, deren Nichteinhaltung wirkungsvoll sanktioniert werden muss. Von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Feinsteuerung auch der Haushaltspolitik sollte die EU absehen und stattdessen auf Markt und Wettbewerb als disziplinierende Instrumente vertrauen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, den Weg in die „EUdSSR“ oder – wahrscheinlicher – einen vorherigen Kollaps des europäischen Systems zu verhindern. Noch einmal Hayek: „Eine internationale Instanz kann sehr gerecht sein und viel zur wirtschaftlichen Prosperität beitragen, wenn sie sich darauf beschränkt, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen sich ihr eigenes Leben zurechtzimmern können;“³⁴

Endnoten

- ¹ Hayek, Friedrich August von, *Der Weg zur Knechtschaft*, München 2003, S. 275.
- ² Hayek, Friedrich August von, *Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde*, in: *Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik*, Tübingen 2004, S. 17.
- ³ Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 7.
- ⁴ Vgl. Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 39.
- ⁵ Gerken, Lüder/Märkt, Jörg/Schick, Gerhard/Renner, Andreas, *Eine freiheitliche supranationale Föderation. Zur Aufgabenverteilung in Europa*, Baden-Baden 2002¹, S. 97.
- ⁶ Vgl. Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 39.
- ⁷ Hayek, Friedrich August von, *Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde*, in: *Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik*, Tübingen 2004, S. 19.
- ⁸ Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 12.
- ⁹ Hayek, Friedrich August von, *Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde*, in: *Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik*, Tübingen 2004, S. 34.
- ¹⁰ Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 16.
- ¹¹ Hayek, Friedrich August von, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 2005⁴, S. 192.
- ¹² Vgl. Paqué, Karl-Heinz, *Das Ende einer Illusion*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.04.2011, Nr. 77, S. 12.
- ¹³ Vgl. Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 44.
- ¹⁴ Hayek, Friedrich August von, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 2005⁴, S. 201.
- ¹⁵ Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 41.
- ¹⁶ Vgl. ebd., S. 44.
- ¹⁷ Vgl. von Hayek, Friedrich August, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 2005⁴, S. 195.
- ¹⁸ Vgl. Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetz und Freiheit*, Tübingen 2003, S. 45.
- ¹⁹ Vgl. Paqué, Karl-Heinz, *Das Ende einer Illusion*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.04.2011, Nr. 77, S. 12.
- ²⁰ Vgl. Reinhard, Wolfgang, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2002³, S. 20.
- ²¹ Vgl. Gerken, Lüder/Märkt, Jörg/Schick, Gerhard/Renner, Andreas, *Eine freiheitliche supranationale Föderation. Zur Aufgabenverteilung in Europa*, Baden-Baden 2002¹, S. 105.
- ²² Vgl. Hayek, Friedrich August von, *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, in: *Hayek, Friedrich August von, Freiburger Studien*, Tübingen 1969, S. 249.
- ²³ Vgl. Gerken, Lüder/Märkt, Jörg/Schick, Gerhard/Renner, Andreas, *Eine freiheitliche supranationale Föderation. Zur Aufgabenverteilung in Europa*, Baden-Baden 2002¹, S. 107.
- ²⁴ Vgl. ebd., S. 109.

²⁵ Vgl. ebd., S. 178.

²⁶ Hayek, Friedrich August von, Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde, in: Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Tübingen 2004, S. 34.

²⁷ Europäische Kommission, Allgemeine und berufliche Bildung, Von der Lissabon-Strategie zu Europa 2020, http://ec.europa.eu/education/focus/focus479_de.htm, (13.05.2011).

²⁸ Baring, Arnulf, Scheitert Deutschland. Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997², S. 197.

²⁹ Vgl. ebd., S. 209.

³⁰ Hayek, Friedrich August von, Der Weg zur Knechtschaft, München 2003, S. 278.

³¹ Vgl. ebd., S. 274.

³² Ebd., S. 290.

³³ Ebd., S. 291.

³⁴ Ebd., S. 281.

Literatur

Baring, Arnulf, Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997².

Europäische Kommission, Allgemeine und berufliche Bildung, Von der Lissabon-Strategie zu Europa 2020, http://ec.europa.eu/education/focus/focus479_de.htm, (13.05.2011).

Gerken, Lüder/Märkt, Jörg/Schick, Gerhard/Renner, Andreas, Eine freiheitliche supranationale Föderation. Zur Aufgabenverteilung in Europa, Baden-Baden 2002¹.

Hayek, Friedrich August von, Der Weg zur Knechtschaft, München 2003.

Hayek, Friedrich August von, Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Hayek, Friedrich August von, Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 249-265.

Hayek, Friedrich August von, Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde, in: Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik, Tübingen 2004.

Hayek, Friedrich August von, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 2005⁴.

Hayek, Friedrich August von, Recht, Gesetz und Freiheit, Tübingen 2003.

Paqué, Karl-Heinz, Das Ende einer Illusion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.04.2011, Nr. 77, S. 12.

Reinhard, Wolfgang, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2002³.